

einmal die bisher von der Geldentwertung nicht betroffenen Objekte steuerlich herangezogen werden. Von moralischen Grundrissen aber ganz abgesehen, sind die Geldeinkommen und Geldvermögen überhaupt nicht mehr in der Lage, die Lasten länger noch allein zu tragen. Die einsehende Lohnwelle, von der wir erst leise Anzeichen bisher verspürt haben, ist der deutlichste Beweis dafür, daß der Konsum der breiten Massen eine starke Belastung eben nicht mehr verträgt. Was nützt es dann dem Finanzminister, auf der einen Seite Steuern zu erheben, die er durch neue Lohn- und Gehaltszuschläge auf der anderen Seite selbst wieder ausgleichen muß. Das Reich muß endlich dort zugreifen, wo, verglichen mit der Substanzverminderung aller Einkünfte, noch unberührte Reserven volkswirtschaftlicher Werte liegen. Diese Reserven sind aber mit den gewöhnlichen steuerlichen Mitteln der Erfassung auf Grund von Selbsteinschätzungen, wie es das Vermögenssteuergesetz beabsichtigt, nicht zu erfassen. Die Steuererhebung durch Selbsteinschätzung, eine zweifelhafte Ertragsart der neuzeitlichen Finanzpolitik, hat so lange Sinn, als nur geringe Bruchteile des Einkommens und Vermögens erfasst werden sollen. Man kann bei den ungeheuren wirtschaftlichen Nöten der Gegenwart vom einzelnen nicht verlangen, daß er am Jahresende noch erhebliche Bruchteile seines Einkommens für die öffentliche Hand zur Verfügung hat. Das hat man bei allen Festbepfunden sehr wohl begriffen. Ihrer Selbsteinschätzung hat man es nicht überlassen, wie hoch sie ihre Einkünfte bewerten wollen. In der Form der Lohnsteuer nimmt man ihnen, noch ehe ihre Geldeinkünfte in ihren Besitz gelangt sind, ihre Steuern an der Quelle ab. Der Grundgedanke der Steuererfassung an der Quelle, den man für die breiten Massen als richtig befunden hat, muß endlich auch auf die Besitzer der großen Sachwertvermögen Anwendung finden. Die Quelle der Einkünfte dieser Vermögensbesitzer sind die Produktionsmittel. Eine Quellssteuer für die Sachwertbesitzer, entsprechend der Lohnsteuer für die Festbepfunden, stellt sich also dar als unmittelbare Beteiligung der Allgemeinheit an den Sachwerten selbst, d. h. an der Gesamtheit der Produktionsmittel.

Aber damit sind die Gründe für die Erfassung der Sachwerte nicht erschöpft. Auch eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Sachwerten wird, wenn sie in mäßiger Höhe neben den übrigen Steuern vorgenommen wird, das Defizit von 50 Milliarden aus den Jahreserträgen nur zu einem Bruchteil decken können. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Produktivität der deutschen Wirtschaft die Reparationslasten aus den laufenden Erträgen nicht gedeckt werden können. Aus einem Volkseinkommen von noch nicht 30 Goldmilliarden im Jahre 1920 können nicht ohne weiteres neben den Belastungen, welche die innere Liquidierung des Krieges uns auferlegt, noch rund 3½ Goldmilliarden für das Ausland weggenommen werden. Leichtsinne Finanzpolitiker glauben, durch rückwärtslose Belastung des Konsums, etwa durch eine beliebige Erhöhung der Umsatzsteuer, die Lasten doch noch aus den laufenden Erträgen zu decken zu können. Sie vergessen, daß jede weitere Einschränkung des Verbrauchs der Massen die breiten Schichten der Bevölkerung unter das physiologische Existenzminimum hinunterdrückt und damit auf die Produktivität infolge zunehmender Erschlaffung der Arbeitskraft den nachteiligsten Einfluß haben muß. Nur eine Umorganisation der Volkswirtschaft unter dem Gesichtspunkt strengster Rationalisierung, äußerster Verminderung aller Reibungsverluste kann die Wirtschaft im Laufe der Zeit in den Stand setzen, aus ihren Ueberschüssen die Gesamtlast zu decken. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine erhebliche Steigerung der Ausfuhr sein müssen, so weitgehend, daß die Betriebsmittel der Industrie wieder voll beschäftigt und damit die Generalaufkosten der Produktion erheblich herabgesetzt werden. Diese Umstellung der Produktion wird, auch im Hinblick auf die internationalen Zusammenhänge, einige Jahre brauchen. Gerade diese Jahre werden aber für die Reparationsleistungen die allerwichtigsten sein. In ihnen muß der ehrliche Wille zur Erfüllung bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit dargetan werden, wenn anders für die Zukunft Erleichterungen erhofft

werden dürfen. In diesen Uebergangsjahren bleibt also kein anderer Weg zur Deckung des Defizits als der Eingriff in die Substanz und die kapitalisierte Verwertung der Substanz. Das Reich wird den ihm übertragenen Teil der Sachwerte nicht als eine laufende Einkommensquelle verwenden können. Es wird gezwungen sein, diese Objekte in ihre Kapitalwerte zu verflüssigen, um damit möglichst schnell möglichst große Summen bereitzustellen.

Es liegt auf der Hand, daß für eine solche kapitalisierte Verwertung nur Sachwerte in Frage kommen können. Auf den reinen Kredit des Reiches hin werden trotz der Darlehen, welche ausländische Finanzkonzerne uns bisher zur Verfügung gestellt haben, Summen in der benötigten Höhe nicht gegeben werden. Kredite von solchem Ausmaße brauchen bei der gesamtwirtschaftlichen Lage Deutschlands einen sachlich fundierten Untergrund. Diesen Untergrund stellen die Sachwerte in Industrie, Handel, Landwirtschaft und Banken dar. Gestützt auf seine Anteile an diesen Sachwerten, können das Reich oder die von ihm damit beauftragten Institute in ganz anderem Maße als bisher Anleihen aufnehmen. Daneben besteht die Möglichkeit, die betreffenden Anteile des Reiches auch durch unmittelbaren Verkauf im Inland oder Ausland zu verwerten, wenn nur durch eine entsprechende Ausgestaltung der Rechtsbefugnisse der Anteilseigner dafür Sorge getragen wird, daß die damit in gewissem Umfange verbundene finanzielle Ueberfremdung keine schädliche Wirkung auf unsere Industriepolitik ausübt.

Wenn von gegnerischer Seite gerade die Ueberfremdung immer im Kampfe gegen die Goldwertverfassung in den Vordergrund gestellt wird, so muß in diesem Zusammenhang auf die überaus interessante neueste Veröffentlichung der Sozialisierungskommission über ihre Verhandlungen zur Reparationsfrage hingewiesen werden. Hier haben sich über die Frage der Ueberfremdung zahlreiche wissenschaftliche Autoritäten der Nationalökonomie geäußert und alle völlig übereinstimmend. Dabei verdient es besondere Hervorhebung, daß auch ein in nationalökonomischer Beziehung gewiß untadeliger Herr wie Professor Schumacher, der bekannte Wortkämpfer für die alldeutschen Kriegsziele, die Ueberfremdung in gewissem Umfange als eine unausweichliche Folge unserer Währungsverschlechterung hingestellt hat. Dieselben Leute, die heute am lauteften den Kampf gegen die Erfassung der Sachwerte führen, wollen das Reich auf der anderen Seite noch weiter in die Politik der Geldverschlechterung hineintreiben und damit im Ergebnis die unorganisierte Ueberfremdung in noch viel stärkerem Maße als bisher fördern. Es kommt ihnen eben im Endergebnis gar nicht auf den Kampf gegen die Ueberfremdung an. Sie wehren sich nur dagegen, daß die vom Ausland nach Deutschland investierten Kapitalien in ihrem Ruhezustand der Allgemeinheit und nicht ihren Privatinteressen dienstbar gemacht werden. Im übrigen würde eine in vorstehenden Formen durchgeführte Verflüssigung der Reichsanteile eine durchaus förderliche Wirkung auf den Wertpapiermarkt ausüben. Wenn die rund 80 Milliarden flüssigen Gelder, die ihre Wirkung zurzeit in den ungeheuerlichsten Kurstreibereien an der Börse ausüben, sich zu einem erheblichen Teile der Aufnahme dieser Reichsanteile zuwenden würden, dann würden sie auf Umwegen an diejenige Stelle gebracht werden, wo sie eine segensreiche Wirkung ausüben können, in den Finanzsäulen des Reiches.

Günstige Wendung in der irischen Frage?

London, 8. September. (EE.) Gestern morgen um 7.30 Uhr verließ Lord George Bigham und begab sich nach May Hall, wo er mit dem Könige das Frühstück einnahm. Er hatte mit ihm eine zweistündige Besprechung, in deren Verlauf der König wiederholt den Wunsch ausdrückte, daß die Verhandlungen mit jenen geführt werden sollten, die die große Mehrheit des irischen Volkes bilden. Dann begab sich Lord George nach Inverness, wo er bei seiner Ankunft begeistert begrüßt wurde. Sofort trat der Ministerpräsident zusammen, dem Lord George in großen Umrissen seine Vorschläge bezüglich der Antwort auf die irische Note darlegte. Er erklärte dabei seinen Kollegen, daß der Brief De Valeras von ihm an diesem Morgen noch einmal auf-

merksam durchgesehen worden sei und nur zwei wichtige Punkte enthalte, daß der Inhalt aber keineswegs entmutigend sei, so daß es unbedingt notwendig wäre, die

Verhandlungen mit den Sinnfeinern fortzusetzen.

Wenn die Führer der Sinnfeinern als Grundlage für diese Verhandlungen das Angebot der englischen Regierung, das darauf hinausläufe, Irland das Statut der Dominions zu geben, annehmen würden, müßte man eine neue Begegnung in Erwägung ziehen. Man müsse jedoch den Sinnfeinern eine Frist setzen, um eine Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne bezüglich des englischen Angebotes treffen zu können. Um 1 Uhr wurde die Versammlung unterbrochen und um 2 Uhr wieder fortgesetzt. Um 3 Uhr wurde der irische Kurier, Major Barton, herbeigerufen, der 50 Minuten später Inverness mit der neuen Note der englischen Regierung verließ.

Dem Daily Telegraph zufolge soll Lord George in seiner Note die Vertreter der Sinnfeinern zu einer Konferenz am 20. September nach Schottland eingeladen haben. Nach offizieller Sitzung wurde von englischer Seite eine Kommission eingesetzt, die außerordentliche Vollmachten erhielt für den Fall, daß die Sinnfeinern sich abermals ablehnend verhalten sollten. Diese Kommission besteht aus Lord George, Chamberlain, Lord Curzon, Northington, Evans, Churchill, Shortt, Munro und dem Lordkanzler Birkenhead, dem Staatssekretär für Irland, Greenwood, und dem Schatzkanzler Robert Horne.

Der Stand der oberschlesischen Frage.

Paris, 8. September. (EE.) Dem Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ zufolge versammelten sich gestern nachmittag die vier Mitglieder der Kommission, die die oberschlesische Frage zu studieren hat. Jedes Mitglied dieser Kommission ist damit beschäftigt, einen Einzelbericht auszuarbeiten, der dann mit den anderen Einzelberichten zu einem einzigen Bericht verarbeitet werden soll. Dieser Gesamtbericht wird dann dem Völkerbunde unterbreitet werden. Er wird jedoch keine Lösung der oberschlesischen Frage vorschlagen, sondern nur ein neues Studium des gesamten Problems bedeuten. Zwischen Vorkriegs- und Bourgeois sind zahlreiche Besprechungen in der oberschlesischen Sache statt. Man erklärt in offiziellen Kreisen, daß der italienische Vertreter Scialoja energisch den von Bonomi in Paris vertretenen Standpunkt verteidigen werde und mehr der englischen Anschauung geneigt sei. Der Vertreter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem brasilianischen Vertreter Da Cunha, der ihm erklärte, daß die vier Berichterstatter immer noch die Abstimmung über Oberschlesien studieren. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, und die Sachverständigen seien noch nicht berufen worden. Denn die vier Berichterstatter wollen sich von niemand beeinflussen lassen und wünschen nur, daß Recht und Gerechtigkeit in dieser Angelegenheit triumphieren möchten.

Angora nicht erobert.

Sowohl türkischer wie auch griechischerseits wird die Nachricht der Eroberung Angoras durch die Türken, die bereits vorgestern gemeldet und gestern „bestätigt“ wurde, demontiert.

Amerikas Sonderfrieden und die Alliierten.

Washington, 7. September. (Reuter.) Die amerikanische Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die alliierten Mächte über die Verhandlungen zu informieren, die zwischen Deutschland und Amerika zur Aufhebung des Friedensvertrages geführt haben, doch geschieht dies nicht auf amtlichem Wege, und man unterstreicht den nichtamtlichen Charakter dieser Mitteilungen. Ihre Uebersmittlung läßt erkennen, daß es sich um einen reinen Höflichkeitssakt handelt. Man läßt sogar durchblicken, daß bereits vor der Veröffentlichung des Wortlautes des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Amerika die Amerikaner Grund hatten, zu glauben, daß dieser Wortlaut auf keinerlei Widerstand auf Seiten der Alliierten stoßen würde.

Kunst auf der Lübecker „Nordischen Woche“

Lübeck, das statistisch genommen eine Vierelmillionenstadt mit einer aufblühenden Industrie und einem alten, auch durch den Krieg keineswegs beeinträchtigten Handel ist, stellt sich dem Auge kunst- und kulturgeschichtlich als eine mächtige Hauptstadt an der Ostsee dar von der gleichen Bedeutung wie Kopenhagen oder Stockholm. Wenn dieser Stadtstaat mit seinem Hafen jetzt um die Vormacht im Ostseebereich kämpft, so leitet er dies mit einer Reihe festlicher und bildender Veranstaltungen ein, zu denen er in erster Linie die Nachbarn aus den nordischen und baltischen Reichen zu Gast lädt. Er wirbt mit den Elementen seiner Vergangenheit, die unbehelligt von wirtschaftlichem Niedergang und politischer Entfremdung ihn durch die Jahrhunderte mit dem Norden verbunden und ihre sinnbildliche Sprache noch heute über die staatlichen Grenzen tragen. In die Umrisse der Lübecker Kirchen wird man weit eher in Stockholm erinnert als etwa in Mitteldeutschland, die gotischen Siebelsaffaden der Bürgerhäuser findet man ebenso östlich bis ins Baltikum hinein wie nördlich bis nach Bergen hinauf, lübbische Kunstwerke stehen in den Kirchen Dänemarks und Schwedens.

Am Rahmen dieser „Nordischen Woche“, die im Gegensatz zu den sonstigen Messen eine kleine Industrie- und Handelschau den künstlerischen und kulturellen Veranstaltungen unterordnet, gibt es drei Kunstausstellungen abweichenden Wertes und Wesens. Die wechselnden Nacht- und Festverhältnisse der Zeit bieten auch hier, wie mehrfach sonst im Lande, Gelegenheit, ursprünglich anderen Zwecken gedachte Gebäude der Kunstschau dienstbar zu machen. Der junge Lübecker Museumsdirektor Carl Georg Heise, den der sonst recht beharrliche Lübecker Senat mit dankenswerter Selbstüberwindung aus Hamburg berufen hat, will der alten, seit der Franzosenzeit verwestlichten Katharinenkirche mit dem inbrünstigen, aber doch recht erdenschweren Kolorismus des Schleswigers Emil Nolde eine neue religiöse Begeisterung geben. Vor dem Chor steht ein durch die Rahmen mehr zusammengeschlossenes, als gegliedertes Altarwerk: Leben und Leidensgeschichte Christi, dem die gotischen Strebeeker des Hauses einen unerreichbaren Himmel bilden. Rotes Gläubigkeit ist gewiß die vitale expansive Farbenfreudigkeit unserer Zeit, die im ungezügeltsten Sinnesausbruch noch Dasein und Schöpfer preisen mag; aber das Figurliche ist nicht die Primitivität unseres Gefühls nach unserer Vorzeit, sondern die über Gauguin transportierte tropische Tierhaftigkeit.

Einen Ueberblick über Lübecker Kunst des vergangenen Jahrhunderts sehen wir in dem Behnischen Hause, einem Patrizierhaus des Empire von überwältigender Impofanz und Reinheit des Stils. Hier versteht man die klaräugige Sachlichkeit eines Geschlechts, das dem schwerfälligen Mittelalter ebenso abgewandt erscheint wie dem zermürbenden Industriesta-

mus. Besonders typisch hierfür ist der Vorträft Gröger, der etwa zwischen Graff und Krüger steht und in einer Reihe von Porträtzeichnungen einen Einblick in die Emigkeit, aber auch in die fähige Diesseitigkeit seiner Werkstatt tun läßt. Einen anderen Lübecker: Overbeck sehen wir hier noch in einigen seiner besten und tiefsten Bildnisse, bevor ihn die blutere Theorie des nazarenischen Klassizismus ins völlig Schematische führte. Arbeiten von Ulrich Häbner, Gotthard Kähl und Linde-Walther erinnern daran, daß auch diese Künstler in Lübeck zu Hause sind, aber jetzt einem weiteren Kreise angehören.

Schließlich ist noch in dem prachtvollen Barockpalast des sogenannten Schabbelhauses eine kleine moderne Ausstellung den nordischen Göttern gewidmet, dessen Hauptanteil von Edoard Runch bestritten wird. Die Werke sind zum größten Teil aus der letzten Berliner Kunstausstellung sowie aus dem Hamburger Museum bekannt, zum Teil, aber nicht zum wesentlichsten und besten, entstammen sie Lübecker Privatbesitz. Jedoch deutet der Umstand, daß Runch sich lange in Lübeck aufgehalten hat, darauf, daß dieses Milieu verwandte, jedenfalls produktive Kräfte in ihm erweckt haben muß.

A. F. C.

Innsbrucker Herbstbild. Aus Innsbruck wird geschrieben: Der Herbst, der schon bedächtigt durch die Wälder steigt und fahle Lichter in die Bäume hängt, der die rosenroten Glocken des Heidekrautes auf den Ästen in violettes Blut taucht, hat sich auch in die schöne Bergstadt Innsbruck, die Stadt des deutschen Fremdenstroms und der Weltvaluten geschlichen. Der Fremdenstrom stößt, die Aushänge mit den wechselnden Kurven verschwinden, man wird bald in Innsbruck nur mehr in der katastrophal entwerteten deutsch-österreichischen Krone zählen können. Herbstlich fröstelnde Fremde hüllen sich in Bodenmäntel, in den Hotels rüsten die zubringlichen Nachgäste ab. Aber dieser Bergherbst, der um den Felsen der Frau Hilt zerfetzt Reibschleier windet, schenkt der Stadt doch manches Bild von entzückender Eigenart und unergieblicher Einprägbarkeit.

In den Alpen oben hat der Abtrieb des Weideviehs begonnen. Mit altbergauchenden Feierlichkeiten geschieht dieses, und es wäre nichts für Innsbruck wesentliches an dieser Alpenfeier, würde sie nicht in die Stadt hinunter ausstrahlen. Eigenartig und reizvoll ist es, wenn die Kühe, von der Alpe zu Tal getrieben, den Hauptverkehrswege, die Maria-Theresien-Straße, bevölkern. Um die Hörner der Tiere sind Kränze von Reisig gewunden, aus dem tiefrotes Heidekraut leuchtet, aus dem die schuppigen Kolben von Tannenzapfen baumeln. Die Seiltuch trägt an breitem, alten, weitererschundenen Lederband eine tiefbummernde Glocke um den Hals und läutet herbstillen Alpenjagen in das Geuete italienischer Autos und das Bimmeln der Straßenbahnen hinein. Senner und Sennerinnen mit klumpennummenden langen Bergstock treiben die Herde vor sich her. Welch ein Spektakel. Dies herbstillen Bild mitten in die buntbewegte, selbst in den Herbst hineingeliebte Stadt gestellt, ist eine der vielen Sehenswürdigkeiten der Fremdenstadt Innsbruck. R. Pr.

Pallenberg im Komödienhaus. Die neue Pallenbergschau der kommenden Saison bestellt sich „Jonas Busenfreund“ und ist von den Herren Julius Horst und Alexander Engel nach einer amerikanischen Burleske zurecht geschustert. Sehr viel schlüssiger und mit sehr viel größeren Effekten als die vorjährige „Sache mit Dona“ hatte hier die Erfindung nach Mustern des Pariser Schwanks gearbeitet, der bei allem tollen Durcheinander doch auch feinere Pointen und Ironien nicht ausschließt, so schwebte über dem Busenfreund der Geist von „Charles Lantz“. Der Schwanz schlug in oft zirkusmäßige Clownspäße um. Auch die bescheidenste Rücksichtnahme auf Menschenmöglichkeiten war über Bord geworfen. Ein kleiner Teil der Zuschauer schien Anstoß daran zu nehmen und demonstrierte mit Fächern, doch ohne durchzudringen. Und wenn das Lachen können, das Lachen müssen bis zum Schreien gesteigert, als Maßstab für die Leistung gelten soll, war Pallenberg's Erfolg ein voller.

Er, den man in der „Familie Schiema“ und anderen Stücken zuerst als virtuoseren Spezialisten tollig aufgeregter, freitwilliger Temperamente kennen lernte, der dann in „Lola“ als unternehmungslustiger Draufgänger von höheren Semestern das Barriere amüsiert hatte, figuriert hier in der Rolle eines stiftsam schüchternen Junggesellentrotzels, den seine enthusiastische Liebe für den wichtigsten Freund auch um das letzte bishigen Verstand bringt. Gleich sein Erscheinen, das friebfertige Anlitz, der lange hilflos vorgestreckte Hals, der allfinglerlich zierlich vorgepreizte kleine Finger entseffelte, noch ehe er den Mund geöffnet, Ausbrüche der Heiterkeit. Und diese Miene fill ergebenden Ernstes, mit der er alles duldet, sich einer nächtlichen Bekannten des Herzensfreundes als Gatten vorstellen läßt, für ihn den Kranken spielt, die Klarinette bläst und auf Geheiß als torpente Dame auftritt, bewahrte ihm unwiderstehliche Komik bis zum Schluß, entschädigte durch immer neue Variationen für die Gewalttätigkeit der jenseitigen Harlekinnade. Aus dem flotten Ensemble ist insbesondere noch Herr Waghmann, Freund und ehelicher Uebeltäter, zu nennen.

„Das hat sie schon!“ Ein großer Verlag — so berichtet das „Tagbuch“ — veranstaltete in einer großen Berliner Buchhandlung eine Ausstellung seiner Bücher. In den hinteren Räumen ist gleichzeitig eine Modenschau. Eine elegante junge Dame, die die Modenschau besucht hat, raucht auf dem Rückweg durch die Ausstellung. Plötzlich sagt sie: „Herrgott! Ich brauche ja noch ein Weihnachtsgeschenk für meine Freundin!“ — „Wollte ich irgendein schönes Buch?“ fragt jemand. „Rein, danke, das hat sie schon!“

Eine Expedition nach der Heimat des Kals. Das Geheimnis, das so lange um die Wanderungen des Kals gebrüht war, ist zwar in neuester Zeit aufgeklärt worden. Aber seine eigentlichen Vorgänge sind noch immer nicht entzerrt. Die dänische Regierung hat daher eine wissenschaftliche Forschungsreise nach dem Atlantischen Ozean ausgerüstet, die die Landplätze des Kals feststellen soll. Die Expedition soll 10 Monate dauern. Sie wird Reusfundland besuchen, die Gewässer des Äquators, Westindien, Kap Verde und besondere Aufmerksamkeit dem Sargassomeere zuwenden.

Der Untersuchungsausschuss.

Im Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Abg. Ruttner (Soz.) die Vernehmung der Generalzeugen fortgesetzt. Erschienen sind zunächst Regierungspräsident v. Gersdorff und Regierungsrat Rikhorn von der Regierung in Merseburg.

Regierungspräsident v. Gersdorff erklärt zur Ausländerfrage, die polizeiliche Kontrolle habe in den letzten Jahren stark gelitten, weil viele neue Amtsvorsteher noch nicht genügend eingearbeitet waren. Namentlich den Ausländern in Leipzig und den Vororten war es leicht gemacht, unterzutauschen und wieder zu erscheinen, wie sie wollten. Beim Mansfelder Streik tauchten auch sofort Russen auf. Polizeilicher Nachweis sei allerdings nicht möglich.

Auf Fragen der Abgg. Rilian (RPD) und Dr. Sieblnach (L. Soz.) gibt der Zeuge an, daß die Ausländer zum Teil Handelsleute, zum Teil aber russische Emigranten waren, die auch Versammlungen abhielten. An der Zugehörigkeit dieser Russen zur kommunistischen Partei könne kein Zweifel bestehen, da sie von Hötz, Josef Schneider und anderen bekannten Kommunisten eingeführt waren.

Der Zeuge ist der festen Ueberzeugung, daß schon vor dem Rapp-Bußch eine organisierte Rote Armee bestanden habe. Schon 48 Stunden nach dem Ausbruch des Rapp-Bußches seien militärisch straff organisierte Kompanien durch Merseburg marschiert. Die Entwaffnung sei leider nicht in dem nötigen Maße durchgeführt worden. Die Waffen habe die Einwohnerwehr, die bei den Unruhen fast reiflos in die Hände der Luftschützen fielen. Schließlich waren die Waffen auf der rechten Seite fast ganz erfasst, auf der linken fast gar nicht. Die Polizei war zu schwach, um in die gefährdeten Gebiete hineinzugehen. Es wurden nur kleine Trupps geschickt, die aber nicht annähernd soviele Waffen fanden, als nach Ueberzeugung der Polizei vorhanden waren. Er selbst habe als Organ des Entwaffnungskommissars sogar Strafrecht verprochen, wenn die Waffen nur abgeliefert würden. Trotzdem seien noch zahlreiche Waffen in den Händen radikaler Elemente geblieben. Ueber das Vorhandensein einer Roten Armee im Ausrufgebiet befragt, erklärt der Zeuge: Speziell in Leuna waren 16 Kompanien vollständig militärisch aufgestellt mit Infanterie-Artillerie-Abteilung, mit Funkern und Panzerzügen. Die Ausgehenden wurden in den Dörfern mit Billigung der Gemeindevorsteher vorgenommen, die Einwohnerwehr wurde zusammengeblasen und aufgefordert, den Aufständischen beizutreten. Radfahrerkolonnen waren ständig unterwegs, so daß sich das Bild einer unter der Oberfläche fest organisierten Masse ergab.

Darüber, daß diese Truppenbildung langer Hand vorbereitet gewesen oder beim Ausbruch ad hoc entstanden seien, hätten bestimmte Nachrichten nicht vorgelegen, sonst hätte er zugegriffen.

Abg. Heidenreich (D. Sp.) fragt, ob dem Zeugen in amtlicher Eigenschaft von nachgeordneten Organen oder sonstwie Meldungen zugegangen seien über das Bestehen einer Roten Armee, unter Kennung der Vertrauensleute und Angabe der Zahl der vorhandenen Gewehre. Dem Zeugen sind diese Nachrichten nur von privater Seite zugegangen, die Organisation selbst sei nicht angegeben gewesen, so daß ein Zugreifen unmöglich gewesen sei. Diese Nachrichten waren teils Latenznachrichten, zum Teil zuverlässig. Sobald nach den Gewehren, Maschinengewehren und sonstigen Waffen auf Grund solcher Meldungen nachgeforscht wurde, waren die Waffen schon längst wieder beiseitegeschafft.

Abg. Heidenreich fragt weiter, ob diese Meldungen besonders auch hinsichtlich der Führer sich nicht später doch bewahrheiten hätten, so sei doch einer dieser Führer, Otto Hennig, im Aufstande gefallen. Zeuge v. Gersdorff bestätigt, daß vorher Bezeichnete tatsächlich später aktiv aufgetreten seien.

Auf eine weitere Frage des Abg. Heidenreich erklärte der Zeuge, es sei anzunehmen, daß die Waffenlager, die in rechtsorientierten Kreisen gefunden worden seien, aus den Beständen herühren, die von der Regierung den Gütern und den Einwohnerwehren zum Selbstschutz zur Verfügung gestellt gewesen seien, weil andere Waffen nicht da waren. Die Waffen der Einwohnerwehr seien fast reiflos nach dem Rapp-Bußch in die Hände der Kommunisten gefallen. Später seien große Waffensunde auf rechtsgerichteter Seite nicht gemacht worden.

Abg. Rilian fragt, ob dem Zeugen bekannt sei, daß auf dem Bahnhof Bergro-Reibro ein Waggon Handfeuerwaffen, die für die Fürstl. Stolberg'sche Verwaltung gewesen seien, umgehandelt worden sei. Der Zeuge verneint dies. Eine Waffenverschleppungsangelegenheit, an der der kommunistische Stadtrat Osterburg in Halle beteiligt gewesen sei und nach der der Abg. Heidenreich fragt, ist nach Aussage des Zeugen noch nicht abgeschlossen. Tatsächlich sind räuberische Kraftfahrzeuge in Halle zu Waffentransporten mißbraucht worden. Bei der freiwilligen Waffenabgabe seien überhaupt keine großen Mengen Waffen erfasst worden, in dem großen Merseburger Bezirk im ganzen etwa 1600 Waffen, diese seien zum größten Teil von rechts gekommen. Bei den Streifen durch die Dörfer in Gruppen von sechs bis acht Mann seien im wesentlichen bei linksorientierten Waffen beschlagnahmt.

Abg. v. Drögander: Es ist namentlich in den kommunistischen Versammlungen stark mit der Gefahr eines Rechtsputsches operiert worden. Hat nach Ihrer Auffassung im Regierungsbezirk Merseburg eine solche Gefahr bestanden?

Zeuge: Im Merseburger Bezirk hat diese Gefahr überhaupt nicht bestanden, denn die linksradikalen Elemente sind dort sehr stark veritet und auch die ländlichen Distrikte sind fast überall bei uns von so linkslebenden Elementen durchsetzt, daß man einen Rechtsputsch für unmöglich hält, die Drögander- und sonstige Drögnaktionen sind reiflos aufgelöst und wir haben keinen Zweifel darüber gefaßt, daß wir gegen illegale Organisationen von rechts wie von links scharf vorgehen. Von den USPD und SPD hat auch nicht ein positiver Fall gemeldet werden können.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Das Recht der deutschen Revolution. Unter diesem Titel ist eine Schrift des aus den Revolutionären rühmlichst bekannten Genossen Dr. Walter Lamp'1, jetzt Senator in Altona, erschienen, die neben ihrem wissenschaftlichen Werte auch große politische Bedeutung besitzt. Der Verfasser gibt eine reichhaltige Zusammenfassung und seine Würdigung weitverstreuter Meinungen der Wissenschaft über die Frage, wie aus Rechtsbruch neues Recht hervorgehen könne, wie Recht zu Recht werde, wie die vollendete Tatsache Rechtsverbindlichkeit erlange. Der politische Kampf nötigt uns immer wieder Gegnern entgegenzutreten, die entweder die Revolution vom 9. November als einen Rechtsbruch, unlöslich Recht zu schaffen, Brandmarken oder umgekehrt für den Rapp-Bußch dasselbe Recht beanspruchen wie für die November-Revolution. Auf den ersten Einwand ist zu erwidern, daß Recht — nicht etwa vor Recht geht, aber selber Recht wird, wenn sie von Erfolg begleitet ist, auf den zweiten, daß November-Revolution und Rapp-Bußch sich unterscheiden wie Recht und Gewalt, daß Gewalt nichts ist als Drohung auf der einen und Furcht auf der anderen Seite. Da Recht aber nichts anderes als die Anerkennung durch die Macht unterworfenen, die sich teils freudig, teils in dem Bewußtsein einer historischen Notwendigkeit auf den Boden der Tatsachen stellen. Kampf bezeichnet die Revolution von 1918 sehr hübsch als „das Recht des allerdinglich unorganisierten Volkswillens“. Und so läßt sich seinem wohlbestimmten wissenschaftlichen Kernal noch manche geschlossene Waffe für den politischen Kampf entnehmen.

Die Reparationskommission hat eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, daß die am 31. August fällige eine Milliarde Goldmark von Deutschland voll bezahlt wurde.

Groß-Berlin

Die Versammlungsfreiheit.

Der Polizeipräsident an die politischen Parteien.

Der Polizeipräsident von Berlin hat den politischen Parteien eine Einladung zu einer Aussprache zugehen lassen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, die zweifellos auf die Wahlbewegung zur Berliner Stadtverordnetenversammlung einwirken werden, haben in Berlin Zustände geschaffen, die die versammlungsfreiheit gefährden. Ich habe bisher davon abgesehen, auf Grund der Verordnung der Reichsregierung, besonders einschneidende Maßnahmen zu treffen, die in ihrer Auswirkung schließlich alle Parteien in ihrer Betätigung behindern würden. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit zwingen mich jetzt, die angeordneten Maßnahmen erneut in Erwägung zu ziehen. Vor der endgültigen Anordnung lade ich die Vertreter aller Parteien zu einer Aussprache ein. Bei der politischen Reife der Berliner Bevölkerung und ihrer gut durchgebildeten Organisationen nehme ich an, daß die Aussprache eine Verständigung bringt, die ein behördliches Eingreifen möglichst vermeiden.“

Wir können diesem sehr vernünftigen Gedanken des Berliner Polizeipräsidenten durchaus zustimmen. Es werden sich bei der angekündigten Aussprache zwischen den Parteien dann hoffentlich leicht Mittel und Wege finden lassen, die versammlungsfreiheit garantierte Versammlungsfreiheit in vollem Umfange zu wahren.

Gegen die Reaktion in der Schule.

Die von uns für Mittwoch angekündigte Elternversammlung in Moabit beschäftigte sich mit Dingen, die in der 231. Gemeindegemeinschaft vorgekommen sind und Beachtung verdienen als kennzeichnende Probe der reaktionären Stimmung vieler Lehrerkollegien.

Am 31. August, dem Tage der großen Lustgardenemonstration zum Schutze der Republik, wünschte der zum Kollegium der 231. Schule gehörende sozialistische Lehrer Schoene, vom Nachmittagsunterricht teilweise dispensiert zu werden, um an der Kundgebung teilnehmen zu können. Rektor Timm lehnte ab, weil die Schularbeit viel wichtiger als die Demonstration sei. Schoene aber erklärte, er werde gemäß seiner Ueberzeugung dennoch gehen, und er tat das auch. Den Unterricht gab an seiner Stelle eine ständige Vertreterin, so daß kein Ausfall nötig wurde, aber das Lehrerkollegium antwortete dem Demonstranten mit einer fast einmütigen Mißbilligung, weil er „Parteilichkeit auf Schularbeit gestellt“ habe. Als Schoene von dem Schuloberinspektoren Rüdahl auf seine Bitte um Schutz und Genugtuung die Antwort erhielt, ihm fehle das Disziplinarrecht, wandte er sich an das Provinzialschulkollegium, dessen Entscheidung jetzt noch aussteht.

In der Versammlung berichtete Schoene nicht nur über diesen Konflikt, sondern teilte auch noch einige andere Vorkommnisse mit, die den an der 231. Schule herrschenden reaktionären Geist beleuchteten. Beim Tode der früheren Kaiserin habe Rektor Timm in der Lehrerkonferenz offizielle Worte der Trauer gesprochen und habe gebeten, zur Ehrung sich von den Plänen zu erheben. Schoene sei ihnen geblieben, worauf dann Timm in der nächsten Konferenz ihren Mißfallensäußerung vorgekommen habe. Schoene schilderte in seinem Referat auch die Widerstände, die dem sozialdemokratischen Oberstadtschulrat Paulsen von reaktionären Lehrern bereitet werden. Diese lehnen eine Stellungnahme zu Paulsens bekanntem Programm ab, und auch in der 231. Schule tat man das mit der Erklärung, jenes Programm sei eine Privatangelegenheit. Schoene richtete an die Versammlung die sehr beherzigenswerte Mahnung, die Arbeiterbevölkerung möge sich hinter die sozialistische Lehrerschaft stellen, damit diese ihren schweren Kampf gegen die Reaktion erfolgreich durchsetzen könne. Der frühere Lehrer Renz empfahl in seinem Referat, nötigenfalls auch das Mittel des Schulstreiks anzuwenden. Als dritter Referent sprach Krampe, Vorsitzender der Moabiter Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Elternbeiräte, der betonte, daß in der Unterstufung Paulsens die Arbeiterschaft völlig versagt habe.

Rektor Timm und einige der zu ihm stehenden Lehrer nahmen in der Diskussion das Wort zu ihrer Verteidigung, wobei Timm unter anderem die sonderbare Erklärung abgab, beim Tode der früheren Kaiserin habe er nicht in der Konferenz, sondern vor ihrem Beginn gesprochen und nicht offiziell, sondern — offiziell. Ein paar Elternbeiratsmitglieder beklagten, daß in dem Kampf gegen die Reaktion die Elternschaft nicht ihre Pflicht tut. Eine Resolution wendet sich an die Schulverwaltung, besonders an das Provinzialschulkollegium. Sie fordert auch für Paulsen das Disziplinarrecht sowie Sitz und Stimme im Provinzialschulkollegium.

In der von der Arbeitsgemeinschaft der SPD-Elternbeiräte Charlottenburgs einberufenen Elternversammlung, die kürzlich in der Aula der Siemens-Oberrealschule tagte, referierte Genosse Dr. Rich. Rohmann über den vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf und die künftige kommunale Schulpolitik in Groß-Berlin. Die Stellungnahme der Versammlungsteilnehmer zu dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen kritischen Ausführungen des Referenten fand ihren berechneten Ausdruck in der vom Genossen Dr. Kawerau gestellten, einstimmig angenommenen Entschließung, der wir folgendes entnehmen: „Die heute versammelten Eltern, Elternbeiräte und Schulinteressenten verlangen, daß die drohende Konfessionierung im vorliegenden Reichsschulgesetzentwurf mit allen Mitteln bekämpft wird unter Berufung auf die Artikel der Reichsverfassung, die die Einheitschule ohne Rücksicht auf Konfession, Stand und Vermögen fordern, und die eine Schwächung und Zersplitterung leistungsfähiger Schulorganisation ablehnen. Wir fordern ferner, daß ein Geschenkverbot vorgelegt wird, der das gesamte Groß-Berliner Schulwesen auch innerlich einheitlich kommunalisiert, um dem Hin und Her zwischen den streitenden Instanzen der Potsdamer Regierung, des Provinzialschulkollegiums und des Magistrats ein Ende zu machen.“

Erhöhung der Unterstützungshöchstätze.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betr. die Erhöhung der Unterstützungshöchstätze beigetreten. Als Unterstützungshöchstätze, die von den Armenkommissionen bewilligt werden dürfen, gelten nunmehr:

- I. Laufende Unterstüßungen:
 - einzelne Personen bis zu 140 M.
 - Kindelose Ehepaare 200
 - Familien mit unermwachsenen Kindern
 - bei 1 Kind 240
 - bei 2 Kindern 280
 - für jedes weitere Kind 40 mehr
 - II. Pflegegeld für 1 Kind 80
 - III. Zufluchtunterstützungen an laufend unterstützte Personen innerhalb drei Monaten einmal bis zu 50 M. über die Höhe zu I. hinaus.
 - IV. Einmalige Unterstüßungen an andere Personen bis zu 150 M.
- Für Alt-Berlin waren bisher folgende Ausführungsbestimmungen maßgebend:
- Zu I bis III: Anfall-, Invaliden-, Altersrente, Rente aus der Angehörigerversicherung oder sonstige aus Reichs-, Staats- oder Gemeindegeldern gewährte dauernde Bezüge sind zur Hälfte anzuzurechnen (wegen Pensionen i. jedoch § 50,4 der Alt-Berliner Anweisung betr. die Verwaltung der offenen Armenpflege).

Zu I bis IV: Neben Erwerbslosenunterstützung dürfen laufende Unterstüßungen überhaupt nicht, Sonderunterstützungen nur in ganz besonders gearteten Fällen mit Genehmigung der Kreisoberkommissionen bewilligt werden.

Zu I, III und IV: Der Ehrensold wird in keinem Falle mitberechnet. (§ 50,4 der Anweisung.)

Zu III und IV: Die von der Kommission bewilligten Raturalkosten sind in den Betrag einzurechnen, nicht aber die vom Arzt verordneten diätetischen Heilmittel, Milch und Fleisch.

Zu I bis IV: Die Genehmigung zur Ueberführung oder zur Wiederholung innerhalb vier Monaten sieht der Kreisoberkommissionen in dringenden Fällen dem Kreisvorsitzer zu. Voraussetzungen sind in der nächsten Sitzung des Unterstützungsbeirats der Wohlfahrtsdeputation diese Ausführungsbestimmungen zum Teil abgeändert und ihr Geltungsbereich auf Groß-Berlin ausgedehnt worden. Die eingangs erwähnten Unterstützungshöchstätze gelten jedoch schon jetzt für den Gesamtbezirk Groß-Berlin. Die Kreisvorsitzer und Armenkommissionen der Bezirke 3, 4 und 5 sind benachrichtigt.

Zorg für Licht auf den Treppenaufgängen!

Dem Bezirksamt 17 wird uns geschrieben: Die Bezirksvorsteher und Wohlfahrtspfleger haben im vergangenen Winter mehrfach darüber geklagt, daß die Treppenaufgänge der Privathäuser entweder gar nicht oder sehr unzureichend beleuchtet waren. Die Ehrenbeamten sind infolge ihrer Berufstätigkeit gezwungen, ihre Feststellungen während der Abendstunden vorzunehmen. Die Arbeit wird jedoch außerordentlich erschwert, zum Teil geradezu unmöglich gemacht, wenn die Treppentritte gar nicht oder nicht ausreichend beleuchtet sind. Die Eigentümer werden daher gebeten, für eine ausreichende Beleuchtung ihrer Häuser zu sorgen. Es mag noch daran erinnert werden, daß die Besitzer der Häuser gesetzlich verpflichtet sind, die Treppen und Flure vom Eintritt der Dunkelheit an bis zur Schließung der Häuser ausreichend zu beleuchten, andernfalls die Polizeibehörde einschreiten kann. Außerdem trifft bei vorkommenden Unglücksfällen, die durch die Nichtbeleuchtung oder nicht ausreichende Beleuchtung entstanden sind, den Hauseigentümer die Haftung. Die Innehaltung der Vorschrift liegt also im eigenen Interesse der Hausbesitzer.

Noch ein Fahrpreisgeheimnis.

Die Kritiker vor einiger Zeit die Erhebung verschiedener Fahrpreise auf ein- und derselben Eisenbahnstrecke. Aus unserem Befreier werden wir nun erneut auf einen ganz ähnlichen Mißstand bei der Nordbahn aufmerksam gemacht. Der Einsender schreibt: „Am Sonntag, den 28. August, fuhr ich mit meiner Frau und sechs anderen Bekannten von Schmargendorf nach Waldmannsluft. Die Fahrt kostete pro Person 1,20 M. Zurück kostete dieselbe Strecke 1,40 M. Als ich den Fahrkartenvorsteher in Waldmannsluft darauf aufmerksam machte, bekam ich die Antwort: „Diese Karten führen wir hier nicht.“ Darauf forderte ich eine Fahrkarte bis Gesundbrunnen für 70 Pf. und eine Zuschlagkarte für 50 Pf. Auch das wurde mir verweigert mit dem Bemerkung, daß der Preis, wenn ich bis Schmargendorf will, 1,40 M. beträgt. Mir blieb also nichts weiter übrig, als diesen Preis zu zahlen.“ — Wird die Eisenbahndirektion auch das mit dem Mangel an geeigneten Fahrkarten zu rechtfertigen suchen?

Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe.

Die am 20. August unter diesem Namen im Schloß zu Charlottenburg eröffnete Ausstellung, die von der preussischen Landesloshausstelle, dem Reichsloshausrat und der Stadtgemeinde Berlin gemeinsam veranstaltet ist, hat bis Ende des Monats 10 000 Besucher gehabt. Sie gibt Gelegenheit, sich über den sparsamen Betrieb von Heiz- und Kochanlagen, die verschiedenen Arten von Zentralheizungen, Defen und Herden, ihre häufigsten Mängel und deren Behebung zu unterrichten. Führer sind ständig zur Erklärung anwesend. In der Hausfrauenabteilung werden Herde für Kohle, Grube und Gas in verschiedenster Ausführung praktisch vorgeführt und ihre beste Ausnutzung gezeigt. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags, von 10—7 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 2 M., Sonntags bei Konzert 3 M., für Schulkinder die Hälfte. Die Oberklassen der Schulen werden unter Leitung der Lehrkräfte nach zeitweiliger Anmeldung kostenfrei durch die Ausstellung geführt.

Die Zentralstelle für Krankenernährung ist gänzlich aufgelöst. Die letzten Abrechnungsarbeiten werden ab 10. September 1921 von der Deputation für das Gesundheitswesen unter der Firma „Deputation für das Gesundheitswesen, Abrechnungsstelle der Zentralstelle für Krankenernährung“ übernommen.

Rein Straßenobsthandel an Sonntagen. Die Handelskammer zu Berlin hatte an den Polizeipräsidenten unter Bezug auf § 55a, Absatz 2, der Gewerbeordnung, der die unteren Verwaltungsbehörden zu Ausnahmen von dem allgemeinen Verbot des Straßenhandels an Sonn- und Feiertagen ermächtigt, den Antrag gerichtet, den Straßenhandel mit frischem Obst mindestens für die Monate Mai bis September an Sonn- und Feiertagen freizugeben. Der Polizeipräsident hat darauf erwidert, daß bereits zahlreiche Ausnahmegenehmigungen gemäß § 55a der Gewerbeordnung erteilt worden seien. Ein Antrag des Reichsverbandes Deutscher Obst- und Gemüsehändler, den namentlich für die Außenbezirke in Frage kommenden Sonntagshandel, der zur Verteuerung der Ware Anlaß gäbe, sei von ihm kürzlich abgelehnt worden. Andererseits vermöge er der allgemeinen Freigabe des Obststraßenhandels an Sonntagen nicht zuzustimmen; eine solche wäre auch mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar.

Die Tanderarbeiten im Engelbeken, die, wie wir berichteten, gestern vorgenommen wurden, um den Wassergrund nach Weichen teilen abzulassen, waren erfolglos. Dem ungenügsamen Schauspiel wohnte eine große Menschenmenge bei, die erregt die entsetzlichen Herbrechen des Lustmörders Großmann besprach. Großmann hatte bekanntlich zugegeben, daß er Pakete in den Luisenstädtischen Kanal geworfen habe, die allerdings nur Papier und sonstige Sachen enthalten hatten. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel mehr, daß sie die Leichenteile bargen, die nacheinander geborgen wurden.

Die Sedanfeier in Stralau gibt dem für Stralau, Treptow und Baumhulsenweg erscheinenden „Südost-Anzeiger“, der im Dienste der Rechtsparteien steht, erwünschten Anlaß, von einem „Ueberfall“ der „Ordnungsgruppe“ Stralauer Tor und Andreasplatz zu sprechen. Was für eine Ordnungsguppe das war, wird wohlmeislich verschwiegen. Dem Ueberfall seien Frauen und Kinder zum Opfer gefallen. Am Abend vorher sei in Treptow, wo im „Paradiesgarten“ ein Reußländer Berg eine Sedanfeier veranstalten wollte, ein ähnlicher Ueberfall geplant gewesen. Eine mit Samaritern und Verbandzeug ausgerüstete Störungszone sei vor dem „Paradiesgarten“ gezogen, habe jedoch nicht gewußt, daß die Sedanfeier hier abgefeiert war. — Dazu ist zu bemerken: Nicht ein Ueberfall durch Arbeiter fand statt, sondern es ist gegen die Brüderlichkeit eines Regierungsverbotens protestiert worden, worauf sofort Schüsse aus den Reihen der stark bewaffneten Rechtsbolschewisten das Signal zum Angriff gaben. Wenn Frauen und Kinder der Feiern den Verlast sein sollten, wozu bisher nichts bekannt geworden ist, so fällt die Verantwortung hierfür auf die Feiern selbst, da sie mit Zwischenrufen rechnen mußten und trotzdem Frauen und Kinder in eine schwer bewaffnete Versammlung mitgebracht haben. Endlich wäre die Vorsicht, Samariter nach Treptow mitzunehmen, durchaus berechtigt gewesen, da die Rechtsbolschewisten bei Versammlungspraktiken gegen ihre Haltung schon häufiger ohne weiteres Gebrauch von Schußwaffen gemacht haben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis. Volkisches Zer. Einzelritt für sozialistische Freitagabend 7 Uhr bei Helm, Unterstr. 20.
25. Abt. Berlin, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr, Funktionärskonferenz bei Richter, Neue Allee 24.

Gewerkschaftsbewegung

Die Steuerfrage vor den Betriebsräten.

„Steuerfrage und Teuerung“ lautete das Thema der Tagesordnung einer Generalversammlung der Betriebsrätezentrale, die am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus tagte. Referent war Kurt Heintz, Korreferent Emil Barth. Beide Referenten hatten Vorträge für ihr Referat aufgestellt.

Kurt Heintz führte aus: Steuerfragen sind Wirtschaftsprüfung. Man kann Steuerfragen von der grundsätzlichen wünschenswerten und von der praktisch möglichen Seite aus behandeln. Bestimmte praktische Ziele sind nur zu erreichen bei Schaffung der dazu notwendigen Voraussetzungen. Das gemeinsame Handeln der beiden sozialistischen Parteien ist die erste Voraussetzung zum Erreichen praktisch möglicher Ziele. Durch welche Hauptfaktoren werden unsere derzeitigen Reichsfinanzen bestimmend beeinflusst? Wir produzieren nicht nur für den Verkauf, sondern auch für die Wiedergutmachung. Die für die Wiedergutmachung produzierten Waren gehen nicht in den Warenkreislauf ein, sie fliehen nach dem Ausland ohne Vergütung und zu Lasten des Reiches ab. Wir müssen auch in Geld wiedergutmachen. Diese Zahlungen erfolgen in Gold oder in Goldwerten durch das Reich. Das Reich muß das dazu notwendige Gold mit Papiergeld kaufen. Daraus entsteht eine weitere finanzielle Sonderlast, die ebenfalls durch Steuererhebungen gedeckt werden muß. Praktisch erreichbare Maßnahmen, um das Reich für die ihm auferlegten finanziellen Sonderlasten tragfähig zu machen, sind: Alle Warenlieferungsverträge der Wiedergutmachungen müssen den Unternehmergewinn im Interesse der Allgemeinheit beschränken (Normalwertverträge); die Reichsregierung muß auf steuerlichem Wege für die Goldwiedergutmachungen inländische Gold- und Silberwerte in die Hand bekommen. Praktisch erreichbar wäre vielleicht außerdem noch, daß die Betriebsräte in die Normalwertverträge eingeschaltet werden und daß sie bei einer Umgestaltung der Steuerpflicht der Wiedergutmachungsindustrien als Steuerkontrolle wirken. Grundlegend für die Durchführung irgendeines Steuerprogramms ist die Hebung der Produktion unter gemeinschaftlichen Gesichtspunkten.

Emil Barth legte seinem Korreferat Vorschläge zugrunde, die u. a. erläutern:

Da die Unternehmer industrieller, gewerblicher, landwirtschaftlicher und Handelsbetriebe gegenüber gleichen Unternehmern in England und Amerika nur ein Fünftel und ein Achtel an Löhnen bezahlen, muß jeder Unternehmer die gleiche Summe wie die von ihm gezahlten Löhne und Gehälter an Steuern bezahlen. Die erhöhten Löhne plus Steuer, das ist die Gesamtbelastung, beträgt dann drei Fünftel der englischen und drei Achtel der amerikanischen Löhne. Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands bleibt also trotzdem gesichert.

Alle übrigen Steuern, mit Ausnahme der Erbschaftsteuer, die, um vorgeanntem Prinzip zu entsprechen, mit 40 Proz. erhoben werden muß, werden aufgehoben.

Mittels der Summen, die über die Bedürfnisse des Staats hinausgehen, muß großzügig von Reichs wegen der Wohnungsbau und der Ausbau der sozialen Fürsorge vollbracht werden.

Die Aussprache, an der sich mehrere Redner beteiligten, ergab wenig neue Momente. Schließlich stimmte die Versammlung einem Antrag zu, nach dem die Referate als Information über die Steuerfrage entgegenzunehmen sind.

Ein anderer Antrag, der die Einberufung eines Rätekongresses für Deutschland verlangt, wurde dem Zentralkomitee überwiesen.

Was geht in den Eisenbahnbetrieben vor!

In den einzelnen Dienststellen geht man systematisch dazu über, alle die Kollegen, insbesondere die Funktionäre und Betriebsräte, die sich bis jetzt noch ein steifes Rückgrat und Klassenbewußtsein gegenüber der Verwaltung bewahrt haben, durch Subjekte, die sich bei der Verwaltung Viechlein machen wollen, zu proporzieren, um sie dann aufs Klotter werfen zu können. Ein großartiger Trick wird bei dieser Gelegenheit in Anwendung gebracht. Nach dem § 26 I. e. des Reichslohntarifvertrags kann jeder Bedienstete, der einen Vorgesetzten, dessen Stellvertreter oder deren Familienangehörige beleidigt, sofort aus dem Eisenbahndienst entlassen werden. Der Bedienstete dagegen kann, wenn er von einem Vorgesetzten beleidigt wird, sofort und ohne Kündigung die Arbeit niedrigeren (Schön, nicht wahr? Wer laßt da?) oder aber er kann, weil ihn ein Vorgesetzter nicht beleidigen darf, über diesen Beschwerde führen. (Großartig!) Auf keinen Fall aber darf er sich erlauben, dem Vorgesetzten, wenn er von diesem beleidigt wurde, die Beleidigung zurückzugeben. Dadurch würde die Autorität des Vorgesetzten untergraben. (Ganz wie beim Militär.)

Werst du etwas, dumme Eisenbahner? Nun denke dir doch einmal die Konsequenz aus. Da ist nun ein so niederträchtiger Heber, den die Verwaltung auf dem Strich hat, und denle einmal nach, was für nützliche Subjekte bei der Eisenbahn noch vorhanden sind, sogar solche, die vor den gemäßigten Denutziationen in ihre eigenen Arbeitsgenossen nicht zurücktreten. Ein solches Subjekt wird, was natürlich jeden Augenblick passieren kann, zum Vorgesetzten dessen gemacht, über dem schon das Falldell der Entlassung schwebt und der mit drei oder noch mehr roten Kreuzen bei der Verwaltung in der Kreide steht. Und nun, Freund Eisenbahner, denke dir den Fall, du bist bei der Arbeit oder im Dienst, du ruhst dich für einen Augenblick von der Arbeit aus; da fährt dich plötzlich und unermittelt ein solches der Verwaltung ergebene Subjekt, was natürlich in diesem Augenblick dein Vorgesetzter ist, an und beleidigt dich dadurch, daß es dich anspricht, du seist feul, arbeitest überhaupt nicht und hieltest noch die anderen von der Arbeit ab. Und nun zum Ueberflus kennst du den Bruder, der zwar jetzt dein Vorgesetzter ist und dir die Beleidigung zufügt, von dem du aber ganz genau weißt, daß er, wenn er selbst mitarbeiten muß, im höchsten Maße die Eigenschaften entwidelt, die er dir jetzt frech ins Gesicht schleudert.

Was wirst du nun tun? Vor allen Dingen wirst du erst einmal ganz sprachlos sein. Wirst du aber dann sofort deine Arbeit niederlegen, um diese Stätte zu verlassen, wo du so beleidigt worden bist, oder wirst du bei dem nächst höheren Vorgesetzten deine Be-

schwerde anbringen? Nein, das wirst du alles nicht tun, denn es wird dich die Blut packen, wenn du nur noch einen Funken Ehrgefühl in dir hast und du nicht ganz und gar ein elender Knecht bist. Du wirst diesem Bruder auf der Stelle die Beleidigung zurückgeben, wenn du dich nicht noch zu ganz anderen Handlungen hinreichst läßt. Aber nun wird das eintreten, auf das man das ganze angelegt hat, du fliegst raus, zumal wenn du so ein Heber bist, der eine Anzahl rote Kreuze besitzt; dann laßt du darüber nachdenken, wie herrlich weit wir es schon wieder bei der Eisenbahn gebracht haben, und wie schnell die Fahrt geht, damit wir wieder zu den Verhältnissen gelangen, wo es nur Knechte und Herren oder, militärisch ausgedrückt, Vorgesetzte und Untergebene gibt.

Darum Augen auf, Eisenbahner, reingelast in die Spelchen, damit der Karren nicht wieder in den vorkriegszeitlichen Sumpf hineinkraft. Stellt dieser übermütig gewordenen Bureaokratie, die sich einst so feige vor euch vertrat, Klassenbewußtsein entgegen und stellt euch auf den Kampf ein, der nicht nur geführt werden muß um Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage, sondern deshalb, daß mit der frech gewordenen Gesellschaft ein für allemal endgültig aufgeräumt wird.

Wir geben diesen Eisenbahnerbrief im vollen Wortlaut wieder, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie von einer gewissen Seite in den Reichsbetrieben gegen die Arbeiterschaft vorgegangen wird und um dem Herrn Reichsverkehrsminister ein ungeschminktes Bild von der Erregung zu geben, die infolge der Behandlung der Arbeiterschaft durch die Eisenbahnbureaokratie geschaffen wird. Wir verlangen, daß auch im Reichs des Herrn Bräuer der Arbeiter als Mensch behandelt wird und nicht als — Hundsfott!

R.P.D.-Zentrale und Arbeitslosigkeit.

Wie sich die Zentrale der Kommunistischen Partei zu den Bestrebungen der Gewerkschaften, Arbeitslose in den Betrieben unterzubringen, stellt, mag folgendes Vorwissen erhellen. In der Druckerlei Friedrichstadt, in welcher die „Rote Fahne“ gedruckt wird, sind an der 24seitigen Rotationsmaschine zwei Hilfsarbeiter beschäftigt. Beim Druck der Zeitung werden aus einer anderen Abteilung noch zwei Hilfsarbeiter herangezogen, um die übliche Befehung der Maschine (neben den Druckern vier Hilfsarbeiter) zu erreichen. Diesem die Interessen der arbeitslosen Kollegen schädigenden Gebaren der Geschäftsführung verfuhrte die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen dadurch entgegenzutreten, daß sie die Zentrale der Kommunistischen Partei ersuchte, auf die Zeitung der Druckerlei einzumirken, um im Interesse der Arbeitslosen Abhilfe zu schaffen.

Und was antworten diese Männer, die sonst Erwerbslose auf die Gewerkschaftsführer hehen, weil diese angeblich die Interessen der Arbeitslosen verraten, was antworten „Genosse“ Friesland und „Genosse“ Eberlein? Wir können Euch nicht helfen, es handelt sich hier nach Ansicht der Druckerleitung um eine nicht zu klärende Differenz über die Auslegung des Tarifs, geht bitte an den Schlichtungsausschuß!

Diese Heiden, die Tarife nicht anerkennen, die die Schlichtungsausschüsse als kapitalistische Gebilde in Grund und Boden verdammen! Wo bleibt da ihre Theorie? Die arbeitslosen Kollegen aber erkennen daran, wo ihre „Freunde“ sitzen. Die Kommunisten in der Zentrale, diese Bonzenlöcher, enthalten in dieser Angelegenheit Ansichten, vielleicht unbewußt, die ein Gewerkschaftsführer sich niemals zu eigen machen darf. Mag nach den Buchstaben des Tarifs die Druckerlei vielleicht im Rechte sein. Parteidirektive aber solche, in denen die Parteien großen Einfluß als Auftraggeber haben, sind verpflichtet, bahndrehend in der Befämpfung der Arbeitslosigkeit voranzugehen. Eine Schande muß es für einen solchen Betrieb sein, vor den Schlichtungsausschuß gebracht zu werden. Mit großen Worten in Volksversammlungen ist der Arbeiterschaft nicht gedient, Taten wollen wir sehen!

Wir können aber die Vorstehe dieser Heiden für kapitalistische Schlichtungsausschüsse. Schon einmal haben uns kommunistische Großsprecher vor den Schlichtungsausschuß gejerrt, und es auch fertig gebracht, eine Entscheidung zu erzielen, daß bei Einstellungen in den Gewerkschaften nach kapitalistischen Methoden verfahren wird, und nicht die Willensentscheidung der Mitglieder ausschlaggebend ist! Werkt Euch das, Arbeitskollegen und Kollegen, und erkennt, was diese Herren sind, wenn man sie der Phrasen entkleidet und ihnen die Waiste herunternimmt: Handlanger der Reaktion. H—e.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

In der Generalversammlung am 28. August kam es gleich zu Anfang zu einer heftigen Debatte wegen Zulassung der Infolge ihrer Teilnahme an der Jenaer Konferenz ausgeschlossenen Mitglieder. Schließlich wurde der Antrag auf Zulassung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Dem Geschäftsbericht, den Reimann gab, ist zu entnehmen, daß das letzte Quartal mehr dem inneren Ausbau der Organisation gewidmet war. Größere Lohnbewegungen wurden nur wenige geführt. Dagegen sind zurzeit alle Tarife gekündigt, so daß in nächster Zeit mit schweren Kämpfen zu rechnen ist. Zur Stärkung des Kampfbonds soll in einer außerordentlichen Generalversammlung Ende September zur Beitragsfrage Stellung genommen werden. Reimann wandte sich mit scharfen Worten gegen die Praktiken der sogenannten kommunistischen Fraktion, die den Ausschluß von zwei Mitgliedern zu einer niedrigen persönlichen Höhe in Flugblättern und Versammlungen beugt. Der Antrag der Kommunisten, die ausgeschlossenen als Einzelmitglieder (entgegen den Verbandssatzungen) zu führen, sei abzulehnen. Der Rosenbergsbericht balanziert in der Hauptkategorie mit 527,38 M., in der Nebenkategorie mit 628147 M.

In der Diskussion wandten sich die Anhänger Roskaus gegen den Ausschluß der Teilnehmer an der Jenaer Konferenz, während die andere Seite sich gegen die Auffassung der Kommunisten aussprach. Der Antrag, die ausgeschlossenen Mitglieder als Einzelmitglieder weiterzuführen, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Durch Beschluß wurde es abgelehnt, in das noch schwebende

Verfahren einzugreifen. Eine der üblichen kommunistischen Resolutionen wurde abgelehnt und die Resolution Ugen, die zur Einigkeit der Arbeiter in den kommenden Kämpfen auffordert, angenommen.

Ein Antrag auf Vergrößerung der Erweiterten Verwaltung zur Vertretung der Betriebsräte fand einstimmige Annahme. Ausgeschlossen wurde das Mitglied Franz Müller, Reußelstr. 62, wegen Streikbruch.

Die Lohnbewegung der Hochbahner.

Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Hochbahn und den Angestellten, die gestern bis in die späten Abendstunden hineindauerten, haben zu keiner Einigung geführt. Die Direktion wollte die Löhne für die männlichen Arbeiter um 60 bis 70 Pf. pro Stunde, für die Arbeiterinnen um 50 Pf. und die Kinderzulage von 60 M. auf 75 M. erhöhen. Die Vertreter des Personals berichteten in einer um Mitternacht auf dem Gleisdreieck abgehaltenen Versammlung, die diese Zugeständnisse ablehnte. Die Versammlung beschloß, den Schlichtungsausschuß zur Fällung eines Schiedspruches anzurufen.

Die Buchdruckerinternationale für Amsterdam!

Der 8. Internationale Buchdruckerkongress in Wien beschloß gestern mit 20 gegen 9 (?) Stimmen, sich in Ueberelastimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu stellen. Der Buchdruckerinternationale können daher nur solche Organisationen angehören oder beitreten, die auf dem gleichen Boden stehen.

Zentralverband der Kupferstecher. Freitag: Einzelhandel: Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Lehrererseminarhaus, Alexanderstr. 40/41. — Metall: Fachgruppenversammlung 7 Uhr in Gabelsbergs Hof, Reusselstr. 20. — Elektro-Großhandel: Mitgliederversammlung 5 Uhr in der alten Gabelsbergsche, Kreuzstr. 8. — Chirurgie, Zahnärzt, Zahn-Appar., Dental-Deponier: Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18. — Reichs- und Staatsangehörige: Mitgliederversammlung 7 Uhr Rosenhainer Hof, Rosenhainer Straße 11/12.

Berliner-Verband, Reichsverein Berlin 20. Industriellen-Substanz. Generalversammlung Freitag 8 Uhr im Zentralrat Reusselstr. 20.

Wirtschaft

Verebelungskredite.

Die Unsicherheit der deutschen Fertigindustrie hat zu einem erheblichen Teil ihren Grund in der Unsicherheit der deutschen Baluta. Die ausländischen Rohstoffe und Halbfabrikate müssen in ausländischer Währung berechnet und bezahlt werden. Trübt ein plötzlicher Sturz des deutschen Geldwerts ein, so müssen erhöhte Summen für die ausländischen Produkte bezahlt werden. Verbessert sich rasch der Wert des deutschen Geldes, so treten leicht ungeheure Verluste ein, weil die nun erfolgenden Bestellungen viel billiger werden und die teuer erkauften Produkte zum neuen Marktpreis abgesetzt werden müssen. Die Abfahstodung im Frühjahr 1920 ist auf solche Erscheinungen allein zurückzuführen. Ein Beispiel: Am 16. August kostete ein amerikanischer Dollar 96 M., aber am 18. August nur noch 83 M. Jejn Tage früher kostete er 80 M. Wer vor 10 Tagen für 10 000 Dollar Baumwolle kaufte, mußte dafür 800 000 M. bezahlen, am 16. August mußten dafür bereits 960 000 M. und zwei Tage später 830 000 M. bezahlt werden, für eine ganz gleiche Baumwolllieferung. Bei diesem Risiko hält sich naturgemäß jeder Vorsichtige zurück.

Auch die Lieferung ausländischer Waren auf Kredit ist unter Umständen ein gefährlicher Dienst. Wenn die Kredite zu einem Zeitpunkt fällig werden, an dem die deutsche Baluta sehr tief steht, so besteht die Gefahr großer Verluste. Denken wir daran, daß der Dollar im Sommer 1920 einmal 85 M. und vor ein paar Tagen 96 M. kostete. Ein Auswag, der den Bezug ausländischer Waren ermöglicht und der deutschen Arbeiterklasse Beschäftigung gibt, wurde in den sogenannten Verebelungskrediten gefunden. Diese Art der Kredite gelangte schon vor Jahr und Tag zur Anwendung in dem Abkommen deutscher und nordischer Gewerkschaften wie in dem deutsch-holländischen Wirtschaftsabkommen. Neuerdings hat die „American Produce Export and Import Corporation“, hinter der die Baumwollspinnerei stehen, die ihre Ware nicht loswerden, weil die valutaschwachen Länder nicht zu kaufen wagen, eine ähnliche Kreditform für die deutsche Textilindustrie vorgeschlagen. Sie will für 7 Millionen Dollar Textilmaterial auf Kredit an die deutsche Industrie liefern. Dafür will sie Garn fabriziert haben, das in der Hauptsache nach Rumänien verkauft werden soll. Der Verkaufserlös soll als Deckung für den Rohstoffkredit dienen. Dadurch wird das hohe Risiko beseitigt. Natürlich kann das Rohmaterial auch gekauft werden. Für die deutschen Interessenten hat die Darmstädter Bank die Führung übernommen. Die Baumwolle nimmt ihren Weg von Amerika über Deutschland, wo sie zu Garn „veredelt“ wird. Wir reden unsere Arbeitskraft hinein und bekommen den Verebelungsgewinn. Das Risiko von selbständigen Baumwollkäufen unter den heftigsten Valutaschwankungen wird von uns genommen.

Zusatz in der Elektroindustrie. Zwischen den Vorständen der Elektrische Licht- und Kraftanlage-Aktiengesellschaft und der Aktiengesellschaft für elektrische Anlagen wurde ein Vertrag vereinbart, demzufolge von Beginn des laufenden Geschäftsjahres an der gesamte Geschäftsbetrieb der Anlagegesellschaft für Rechnung der Elektrische Licht- und Kraftanlage-Aktiengesellschaft geführt werden soll. Der Vertrag bedarf noch der Genehmigung der Generalversammlung. Es ist lediglich die formale Bestätigung für einen Zustand, der schon längst bestanden hat, da die Elektrische Licht- und Kraftanlage-Aktiengesellschaft bis auf wenige Aktien über das gesamte Kapital der Anlagegesellschaft verfügte, und zwar seit 1903. Eine andere Gesellschaft, deren Namen noch nicht mitgeteilt wird, soll demnächst ebenfalls geschlossen werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. West, Berlin. Verlag: Verlags-Bücherei G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Bücherei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 3.

Schweißfuß-Präservativ-Creme „Pfeifferol“ Leidende sollten nur den antiseptischen Fußpuder „Pfeifferol“ benutzen. Beseitigt den lästigen Schwelgeruch und verhindert Brennen und Wunden der Füße. Streudose à 2,50 und 2 Mark. Reich mehrere Monate.
Wundlaufen Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N. 36.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Als Selbsthatersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende **Trauringe**
1 Trauring, Duk. u. (schwere) Aust. 260 M.
1 „ „ „ „ „ „ „ „ 250 M.
1 Ring, 585 gest. „ von 65—200 M.
1 Ring, 333 gest. „ von 30—100 M.
Garantiescheine f. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigsten Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Soeben erschien in dritter ergänzter Auflage
Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn
(Lohnsteuer)
Auf der neuesten gesetzlichen Grundlage dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil, Mitglied des Reichstags und des Würt. Landtags. Preis Mk. 1.50 und Porto.
Für alle Lohn- u. Gehaltsempfänger von größter Wichtigkeit. Unentbehrlich für Betriebsräte!
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68**
Lindenstraße 2

Militär = Rösche
Schnürschuhe Paar M. 35 (st. durch-repariert)
Schaftstiefel n. 50 u. 60 (besocht)
Herrn = Ulster neue 100 M.
Herrn-, Damen = Futterstoffe
konkurrenzlos billig
ferner große Posten verschiedener Geschnür- u. Leder-sachen, Schotenleder zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Eislebener Str. 11 Franseckyst. 28 Spandau
E-Rankestr. am Zoo Ecke Rykestraße Charlottenstraße 2
Platzburg 2567 Humboldt 2294 Tel. Spandau 429
Frankfurter Allee 817. Cöpenicker Str. 136. Charlottenburg.
Reinickendorfer Straße 87 (Nebenanschl.) Scharrenstr. 31.
Amt Moabit 1/92

GOLD-Prismen-Feldstecher
besond. Zells u. Goetz werden **ständig angekauft**
Photokaus Stackelmann Berlin W 9, Potsdamer Str. 135
Silber-Platin-kauf
Silber-Zentrale
Gotzkowskystraße 19
Glasen, Ziegel, neu und gebrauchte, Gelegenheitskäufe, Zeitschriften, Stanbause, Wom., Rängstr. 14.